

INTERVIEWS MIT VERTRETERINNEN VON JUGENDORGANISATIONEN

EIGENEN BEITRAG LEISTEN

Roxana Zimmermann nutzte die Gelegenheit nach der Podiumsdiskussion, mit zwei der anwesenden VertreterInnen der mosambikanischen Jugendorganisationen über ihr Engagement, ihr Verständnis von Politik und die Ziele ihrer Organisationen zu sprechen.

Júlio Samundine ist Aktivist bei der *Plataforma da Sociedade Civil de Chimoio (PLASOC)*. Der Zusammenschluss von zivilgesellschaftlichen Organisationen setzt sich für die aktive Wahrnehmung der Bürgerrechte ein und will durch seine Aktivitäten das Gemeinwohl fördern.

Roxana Zimmermann (RZ): Was ist deine Motivation, sich bei PLASOC zu engagieren?

Júlio Samundine (JS): Was uns dazu bewegt hat, die Plattform zu gründen, war der Wunsch, unseren Beitrag zur Erfüllung der Wahlprogramme der Parteien und der Regierung zu leisten. Denn es passiert oft, dass wir während der Wahlkampagnen verschiedene politische Parteien sehen, die ihr Programm vorstellen – logischerweise mit dem Ziel, die Sorgen des Volkes anzusprechen. Aber im Laufe der Zeit merken wir, dass die eine oder andere Frage, die im Wahlprogramm vorgestellt wurde, nicht gänzlich beantwortet wurde. Also haben wir jungen Menschen aus Chimoio beschlossen, PLASOC zu gründen, um zu versuchen, die Dienstleistungen der Regierung an die BürgerInnen zu über-wachen.

RZ: Was sind die Interessen, Meinungen und Aktivitäten von PLASOC?

JS: Unser Hauptinteresse gilt der Befriedigung der Bedürfnisse des Volkes. Wir vertreten den Standpunkt, dass die Regierung dem Volk und dem Gemeinwohl dienen soll. Folglich stellen wir sicher, dass die Regierung im Rahmen ihrer Verantwortung die lebens-wichtigsten Grundbedürfnisse gewährleistet: u.a. Gesundheitsversorgung, Hygiene, Ernährung, Straßen, Bildung. Die Regierung muss den Zugang dazu sicherstellen. Wir setzen uns regelmäßig mit der Regierung zusammen und überprüfen, inwiefern die Bedürfnisse der Bevölkerung erfüllt wurden. Denn wir sind VolksvertreterInnen, genau wie die Abgeordneten im Stadtrat oder im Parlament. Oft machen wir Besuche in den Gemeinden, um zu sehen, ob die Realisie-

rung der Wahlversprechen den Bedürfnissen der Bevölkerung entspricht oder ob es noch Versäumnisse gibt. In den Sitzungen, in denen uns die Regierung Bericht erstattet, können wir korrigieren und darauf hinweisen, dass der Aspekt X, Y, gut gelungen ist, aber hier und da noch Verbesserungen angestellt werden müssen.

RZ: Welche Schwierigkeiten begegnen euch in eurer Arbeit?

JS: Als erstes möchte ich sagen, dass unsere Arbeit uns mit Stolz erfüllt, weil wir die-jenigen vertreten, die keine Stimme haben. Wir arbeiten als ihre AnwältInnen und Re-präsentantInnen. Wir sind keine politische Partei, sondern eine Gruppe von jungen Menschen der Gemeinde, die andere junge Menschen und die Gemeinde vertreten. Eine Schwierigkeiten ist, dass uns die Leute oft als Mitglieder einer Partei ansehen. Das liegt daran, dass die mosambikanische Bevölkerung – in diesem Fall die Menschen aus Chimoio – nicht gut informiert ist über diesen Bereich der gesellschaftlichen Intervention. Wir hören oft: „Ihr seid gegen die aktuellen Parteien, also wollt ihr eure eigene Partei gründen.“ Daher erscheinen auch einige Parteien nicht zu den Treffen, die wir für die Berichterstat-tung einberufen. Sie fragen sich: „Wer sind die, um uns zur Rechenschaft zu ziehen?“

RZ: Welche Probleme siehst du aktuell in der Gesellschaft und der Politik des Landes?

JS: Ein Problem ist die Angst vieler Men-schen, politisch aktiv zu sein. Unser Land durchlebt gerade eine Phase von Turbulenzen und Konflikten zwischen PolitikerInnen. Die Leute bleiben der Politik fern und äußern ihre Meinungen nicht. Denn sonst läuft man Gefahr zu hören, dass man von einer ande-ren Partei ist als diejenige, die gerade die Re-gierungsmacht ausübt. Das zweite Problem hat mit der Bildung zu tun. Wir sagen, dass unser Land eine Demokratie ist. Die Demo-kratie ist jung und daher hat die Bevölkerung nicht die Bildung, um der Regierung gegen-

überzutreten und über die politische Gestal-tung zu verhandeln. Das ist eine Schwäche der Bevölkerung. Sie merkt, dass etwas getan werden muss, aber nutzt die existierenden Möglichkeiten nicht aus. Aus Angst. Wir ha-ben wenige Informationen über die existie-renden Gestaltungsräume und darüber, wie wir sie nutzen sollten, um die Regierung zu verbessern.

RZ: Wie könnte das verbessert werden?

JS: Ich denke, dass die Förderung der Bildung, insbesondere der jungen Bevölkerung, der beste Weg ist. Denn diese ist ambitioniert und setzt auf Bildung, um ihre Beteiligung in Zukunft zu verbessern. Wir sollten die akade-mische Bildung der jungen Menschen nutzen und sie mit der politischen Komponente ver-binden. Wir sollten versuchen, zu erklären, dass Politik auf verschiedene Art und Weise gemacht werden kann und dass wir nicht sa-gen können, sie sei lediglich Sache der politi-schen Parteien. Politik wird in jedem Umfeld gemacht, in dem die Jugendlichen involviert sind. Denn es geht doch vor allem darum, das Gemeinwohl der Bevölkerung und be-dürftiger Menschen zu diskutieren. Politik ist, sich hinzusetzen, die Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu diskutieren und die Re-gierung dazu zu rufen, um die Situation zu verbessern. Das sollten wir den Jugendlichen vermitteln.

RZ: Welche Visionen hast du für Mosambik in 10 Jahren?

JS: Vielleicht sind 10 Jahre zu kurz. (...) Aber wenn du mich nach 20 oder 25 Jahren fragst, denke ich, dass wir eine solide Demokratie haben werden. Wir werden ein Land haben, in dem politische Fragen offener diskutiert werden, wie es der aktuelle Präsident bei seiner Antrittsrede gesagt hat. In 20 bis 25 Jahren werden wir wirklich ein Land sein, in dem politische Differenzen das Treffen von Entscheidungen nicht beeinflussen. In dem wir Personen aus verschiedenen politischen Parteien haben und die Ideen wichtiger sind

als die Parteizugehörigkeit. Denn langsam werden wir uns dessen bewusst, dass Mitglieder verschiedener Parteien keine Feinde sind. Sie sind BürgerInnen, die verschiedene Weltansichten haben und ihren Beitrag einbringen können. In 25 Jahren sehe ich diese Öffnung, diese Gleichberechtigung in den öffentlichen Debatten.

Webseite PLASOC: plasocmz.blogspot.com

Benigna Matabele (BM) ist Mitglied der Diözesanen Jugendkommission von Pemba

RZ: Was vertritt die Jugendkommission?

BM: Meine Organisation ist eine religiöse Organisation. Die obersten Ziele sind ethische und moralische Werte sowie Solidarität. Aber da wir einer Gesellschaft angehören, interessieren wir uns auch für gesellschaftliche Themen. Zum Beispiel für politische und wirtschaftliche Fragen. Alles was mit der Entwicklung des Landes zusammen hängt.

RZ: Was ist deine Motivation, dich in der Jugendkommission zu engagieren?

BM: Meine Ideale und die Entwicklung der mosambikanischen Gesellschaft. Als Jugendliche bin ich den alltäglichen Geschehnissen nicht fern. Daher kommt dieses Bedürfnis, dieses Herzblut, dieser Wille, zu sagen: „Ich habe auch eine Stimme.“ Nicht darauf zu warten, dass gewisse Personen für uns entscheiden, obwohl wir auch Aufgaben zu erfüllen haben. Denn die ältere Generation hat gekämpft und das Land befreit. Die Tendenz ist, dass diese Menschen immer noch das Recht genießen, alles zu dürfen. Sie sehen in uns desinteressierte Jugendliche, was nicht der Wahrheit entspricht. Sie geben uns keinen Raum, um etwas beizusteuern, obwohl wir viel zu sagen haben. Daher kommt meine Motivation, mich in diesen Bewegungen zu engagieren und zu sagen: „Jetzt sind wir dran. Ihr habt das Land befreit, vielen Dank. Wir sind dankbar dafür, heute in einem unabhängigen Land zu leben. Aber lasst uns auch ProtagonistInnen unserer eigenen Entwicklung sein.“

RZ: Was sind die Hauptprobleme, die du aktuell in Gesellschaft und Politik wahrnimmst?

BM: Erstens, die Arbeitslosigkeit. Zweitens, die Gesundheitsversorgung, die die Säule

für alles ist. Drittens, die Korruption. Die Ungleichheit im Zugang zu Informationen und Ressourcen. Nur wenige haben dazu Zugang und die Mehrheit ist ausgeschlossen. Es gibt hier also Spannungen, die uns dazu veranlassen, Teilhabe zu fordern. Nur durch Bildung können wir eine kritische Kenntnis der Themen und Geschehnisse entwickeln. Andernfalls bleiben wir Geiseln. Diese Probleme geben uns Kraft, uns zu engagieren.

RZ: Durch welche Aktivitäten handelt die Jugendkommission in diesem Bereich?

BM: Als religiöse Organisation waren wir in unseren Anfängen ein wenig ängstlich, denn die allgemeine Meinung ist, dass Religion nichts mit politischen Parteien zu tun hat. Es gibt immer noch diese Trennung: Politik bedeutet einer Partei anzugehören. Wir stoßen daher manchmal auf Hindernisse durch die VorsteherInnen unserer Institution, wie die Priester oder Nonnen. Wenn wir einen größeren Schritt wagen wollen, sagen sie: „Ihr seid doch eine religiöse Bewegung.“ Aber als religiöse Bewegung müssen wir uns auch in diesem Bereich engagieren. Beten erfüllt unseren spirituellen Teil, aber es löst nicht den Hunger oder den Zugang zu Bildung. Wir erhalten zunehmend mehr Verständnis und Freiheiten. Ausgehend von dieser Öffnung waren wir schon an einigen Aktivitäten beteiligt, die uns erlauben, unsere Besorgnisse auszudrücken. Ich spreche vom Observatorium der lokalen Entwicklung, vom Partizipativen Haushaltsplan, wie auch der Partizipativen Planung auf Gemeindeebene. Diese Plattformen erlauben uns, die Agenden und die Vorschläge der Regierung zu überprüfen und zu sagen: „Ihr habt das, das und das versprochen. Aber in der Realität sehen wir etwas anderes. Unsere Straße hat immer noch dieses Loch. Ihr habt vor fünf Tagen gesagt, dass ihr das reparieren lasst.“ Diese Plattformen geben uns die Möglichkeit, unsere Bürgerrechte auszuüben und aktiv an der Politik teilzunehmen.

RZ: Wie schätzt du allgemein die Möglichkeiten gesellschaftlicher und politischer Partizipation für junge Menschen ein?

BM: Um ehrlich zu sein, wir befinden uns noch in einem langsamen Prozess. Ich denke, dass wir alle das Bewusstsein haben, aber was fehlt ist die Gesinnung. Wir können in vielen Foren sprechen und sagen, dass wir eine Stimme haben. Aber es gibt noch viel Angst. Denn unser System ist nicht besonders offen für Kritik. Wenn du etwas kritisierst, wirst du gleich als Oppositioneller gesehen. Oft wirst du verfolgt und isoliert. Vor allem

Jugendliche, die erst am Anfang ihrer Karriere stehen und ihre Zukunft vor sich haben, verhalten sich ein wenig zurückhaltend. Sie denken: „Ich will keine Probleme. Wenn ich morgen zur Institution X gehe und um Arbeit bitte, schließt man mir die Tür und sagt, dieser hier ist von der Opposition. Oder man weigert mir das Stipendium, das ich brauche.“ Positiv ist, dass wir Fortschritte machen. Wir haben Bewusstsein, aber müssen noch viel Angst überwinden und zu einer Einstellung gelangen, um aktiv teilzunehmen. Außerdem müssen wir lernen konstruktive Kritik zu üben. Wir kritisieren nur und sehen die Dinge stets von einer negativen Seite: „Dieses und jenes wurde nicht gebaut, die Regierung oder die Partei X hat dieses oder jenes versäumt.“ Für uns bedeutet Opposition Kritik, nicht aber konstruktive Kritik.

RZ: Welche Veränderungen möchtest du diesbezüglich in 20 Jahren sehen?

BM: Meinungsfreiheit zu haben. Die Menschen müssen sich sicher fühlen, um zu kritisieren. Das ist der erste Schritt. Wenn wir darin eingeschränkt sind, gibt es keine Demokratie und keine Veränderung. Der zweite Schritt ist die Dezentralisierung. Unsere Institutionen sind sehr parteigeprägt. Wenn man eine bestimmte Anstellung haben oder Vorteile genießen möchte, muss man der Partei X angehören. Wir müssen das trennen. Ich bin Bürgerin und habe die gleichen Rechte wie derjenige, der einer Partei oder Bewegung angehört. Wir müssen die politische Macht von Fragen der Verwaltung trennen.

RZ: Was möchte die Jugendkommission für die mosambikanische Gesellschaft und Politik erreichen?

BM: Als erstes: PolitikerInnen, die ehrlich und den Angelegenheiten der Gesellschaft verpflichtet sind. Wir betrachten Politik als eine Art Beruf. Wir wollen zu politischen Posten aufsteigen, einer Partei beitreten und Privilegien erhalten. Nein, ich muss in die Politik gehen in dem Wissen, dass ich die Situation verbessern möchte oder dass es eine ausgeschlossene Gruppe gibt, die ich einbeziehen möchte. Ich sage den jungen Menschen, vor allem aus der Kommission, oft: „Wenn wir ehrliche PolitikerInnen wollen, fängt das hier bei uns an.“ Wir müssen unsere Ethik und unsere Werte bis nach dort oben tragen. Heute sagen wir, dass wir keiner Partei angehören wollen, aber wir können uns ja auch als Unparteiische zur Wahl stellen und dort mit unseren Werten auftreten, um die Situation zu verändern.